

## Niederschrift

über die 19. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 14.06.2017  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	6
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	6
<b>2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 06.03.2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch Vorlage: FB5/0166/2017</b> .....	6
<b>3 Installation von Elektroladesäulen durch die WBM auf öffentlichen Parkplätzen als Pilotprojekt Vorlage: FB5/0603/2017</b> .....	8
<b>4 Errichtung eines Fahrradschutzstreifens auf der Gonellastraße zwischen Mathias-von-Hallberg-Straße und Josef-Tovornik-Straße in Meerbusch-Lank Vorlage: FB5/0615/2017</b> .....	9
<b>5 Errichtung eines Fahrradschutzstreifens auf der Römerstraße zwischen Laacher Weg und Düsseldorfer Straße Vorlage: FB5/0616/2017</b> .....	10
<b>6 Errichtung von beidseitigen Einrichtungsrädwegen mit Schutzstreifen auf der Friedenstraße zwischen Moerser Straße und Brühler Weg in Meerbusch-Büderich Vorlage: FB5/0618/2017</b> .....	10
<b>7 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2016 Vorlage: DezIII/0178/2017</b> .....	11
<b>8 Feuerwehrhaus Lank und Fortschritt Feuerwehrhaus Büderich</b> .....	11
<b>9 Baumbilanz 2016/2017 Vorlage: SB11/0180/2017</b> .....	11
<b>10 Anträge</b> .....	12
<b>10.1 Antrag der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.4.2017 zur bestimmungsgerechten Nutzung von Parkplätzen in Bovert, zur weiteren Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet und zur Freihaltung des Fußgängerbereiches Am Ismerhof in Lank Vorlage: FB5/0617/2017</b> .....	12
<b>10.2 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2017 zur Brücke am Latumer See Vorlage: DezIII/0172/2017</b> .....	12

11	<b>Anfragen</b> .....	13
12	<b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	13
13	<b>Termin der nächsten Sitzung am 26.September 2017</b> .....	14
14	<b>Verschiedenes</b> .....	14
14.1	<b>Friedhofskapelle Büderich</b> .....	14
14.2	<b>Behindertengerechter Fußweg bei Bebauung Moerser Straße</b> .....	14
14.3	<b>Solaranlagen für Elektroladestationen</b> .....	15
14.4	<b>Behindertenparkplätze</b> .....	15
14.5	<b>Abgrenzung Gladiolenweg</b> .....	15
14.6	<b>Grünflächen an städtischen Gebäuden</b> .....	15
14.7	<b>Bewuchs an Wirtschaftswegen</b> .....	15

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Manfred Weigand Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Franz-Josef Jürgens

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christian Welsch

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger anwesend ab 17:10 Uhr

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christof Behlen, anwesend bis 17:10 Uhr

**von der UWG-Fraktion**

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marcel Müller

**Beratende Mitglieder**

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

**von der Verwaltung**

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Daniel Hartenstein

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Gabriele Parschau Gleichstellungsbeauftragte

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

**Schriftführerin**

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Franz-Josef Jürgens

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Christian Welsch

Ratsmitglied

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er weist auf den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2017 zur Brücke Am Latumer See hin, der als Tischvorlage den Ausschussmitgliedern vorliegt. Er weist darauf hin, dass die Dringlichkeit noch zu begründen sei.

Ratsherr Meffert führt aus, dass Prüfungen vor Ort ergeben haben, dass entgegen bisheriger Annahmen eine Sanierung der Brücke in Betracht kommen könne. Dieses würde im Vergleich zu einem Neubau zu Kosteneinsparungen führen.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass sie die Dringlichkeit nicht erkennen könne. Die vorliegenden Bürgeranregungen müssen zunächst im Haupt- und Finanzausschuss am 22.06.2017 und dann in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses behandelt werden. Der Beschluss, die Brücke neu zu bauen sei seinerzeit nicht unüberlegt gefasst worden. Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass über den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses erst im September stattfindet. Um zu verhindern, dass für die Planung des Neubaus der Brücke Aufwand entstehe, sei es wichtig, über den Antrag zu entscheiden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der Verwaltung 79 Bürgeranregungen gem. § 24 GO gegen einen Neubau der Brücke am Latumer See vorliegen. Diese werden am 22.06.2017 in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses unter TOP 2 (BM/0629/2017) behandelt.

Ratsherr Berthold vertritt die Meinung, dass durch einen Beschluss des Antrages die Bürgeranregungen obsolet seien.

Ratsfrau Pricken erläutert, dass nach neuen Erkenntnissen die Brücke doch sanierungsfähig sei. Ein entsprechender Beschluss werde allen entgegen kommen, die gegen den Neubau der Brücke sind.

Sachkundiger Bürger Schmoll spricht sich dafür aus, das Thema erneut aufzurollen. Es bestehe in seiner Fraktion noch Diskussionsbedarf.

#### Beschluss:

Bau- und Umweltausschuss beschließt die Dringlichkeit des gemeinsamen Antrages der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2017 zur Brücke Am Latumer See.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		2	1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	<b>1</b>

Der Ausschussvorsitzende Jürgens schlägt vor, über den Antrag unter TOP 10.2 zu beraten und abzustimmen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem einvernehmlich zu.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

### **2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 06.03.2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch Vorlage: FB5/0166/2017**

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Beschluss über den vorliegenden Antrag vom 6. März 2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften zu vertagen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen bzw. prüfen zu lassen, ob eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 oder teilweise weniger bis auf die Hauptverkehrsstraßen möglich ist. Dazu soll ein Straßenverzeichnis vorgelegt werden, aus dem hervorgeht, auf welchen Straßen im Stadtgebiet eine Tempo 30-Regelung oder teilweise weniger möglich ist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Verwaltung dem Bau- und Umweltausschuss zum Ende des Jahres 2017 eine Übersicht über die bisherigen Temporegelungen vorlegen und auf Basis der bisher erfolgten verwaltungsseitigen Auswertung Vorschläge zur sinnvollen Anpassung von Geschwindigkeiten, vorrangig in Wohngebieten machen werde. Für das Haushaltsjahr 2018 würden Haushaltsmittel zur Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes durch ein externes Fachbüro beantragt. Der bisherige Plan sei aus dem Jahr 1998. Darüber hinaus werde die Anordnung von Fahrradschutzstreifen in Verbindung mit den heute vorhandenen Parkplatzmarkierungen überprüft. Die Thematik müsse ganzheitlich, auch unter Berücksichtigung des Radwegekonzeptes betrachtet werden.

Es schließt sich eine Diskussion an, deren Tenor es ist, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und zunächst die Temporeglungen im Stadtgebiet zu überprüfen und zu bewerten. Ratsfrau Neukirchen bemängelt allerdings, dass die Verwaltung sich nicht mit den einzelnen Punkten der Bürgeranregung auseinander gesetzt habe.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens erteilt Frau Dr. Blaum als Vertreterin für den BUND das Wort. Sie erachtet die Beratungsvorlage als enttäuschend, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Punkten der Bürgeranregung habe nicht stattgefunden. Sie habe beispielsweise erwartet, dass eine Recherche bezüglich der Möglichkeit der Teilnahme an einem Modellversuch zu Tem-

po 30 in geschlossenen Ortschaften durchgeführt worden wäre. Sie spricht die Möglichkeit an, im Rahmen eines Lärmaktionsplanes Straßen NRW dazu zu bewegen, auch auf Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen Tempo 30 einzuführen. Mindestens könne jedoch gem. Punkt 2 des Antrages Tempo 30 auf allen Straßen, die keine Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen sind, eingeführt werden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass als Grundlage für einen Lärmaktionsplan verlässliche Zahlen nötig seien. Die Erhebung sei sehr aufwendig und langwierig. Im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans sollen Zahlen ermittelt und dann Möglichkeiten erarbeitet werden. Das Ergebnis werde den Ausschussmitgliedern Ende des Jahres vorgestellt.

Ratsherr Gabernig ist der Meinung, dass es möglich sei, bis auf wenige Ausnahmen, so z.B. auf der Moerser Str. und auf der Krefelder Straße, Tempo 30 einzuführen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass Landesstraßen im Zuständigkeitsbereich des Landesbetriebes Straßen NRW liegen und dass es keine gesetzliche Grundlage für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gebe. Dort sei die einzige Möglichkeit, dieses zu erreichen, ein Lärmaktionsplan.

Ratsherr Becker schlägt vor, den Beschluss zu vertagen und der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen. Es solle eine Liste erstellt werden, die alle Straßen ausweist, auf denen Tempo 30 möglich ist.

Ratsfrau Pricken und Ratsherr Meffert befürworten den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Es sei sinnvoll, den Verkehrsentwicklungsplan abzuwarten. Darin können alle Erkenntnisse einfließen, die zu einer ganzheitlichen Lösung führen. Es sei eine politische Entscheidung, ob Meerbusch Modellkommune werden soll.

Ratsherr Denecke bittet darum, Ergebnisse der Modellkommunen (z.B. Moers und Münster) abzufragen und Erkundigungen einzuziehen, aus welchen Gründen die Stadt Moers die Teilnahme am Modellversuch beendet hat. Er bittet darum, den Bau- und Umweltausschuss über Erfahrungsberichte, Ablauf des Modellversuchs und die Ausstiegsgründe zu informieren.

Ratsfrau Niegeloh sieht nicht die Notwendigkeit, unter Zeitdruck einen Beschluss zu fassen. Es sei wichtig, dass seitens der Verwaltung die Konsequenzen der Einführung von Tempo 30 aufgezeigt werden. So sei beispielsweise ein Fahrradschutzstreifen in einer Tempo-30-Zone nicht vorgesehen. Zudem obliege die Kontrolle der Geschwindigkeit auf Landesstraßen nicht der Stadt Meerbusch, was möglicherweise dazu führen könnte, dass die Geschwindigkeitsregelung mangels Kontrolle nicht beachtet werde.

Frau Dr. Blaum erklärt sich mit einer Vertagung einverstanden, weist jedoch darauf hin, dass sie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den unter Punkt 2 der Anregung aufgeführten Themen erwarte und die Möglichkeit über einen Lärmaktionsplan Tempo 30 auf Landesstraßen einrichten zu können, erörtert werden sollte. Ferner sei eine Ausarbeitung der Unterschiede zwischen Tempo-30-Zonen und Tempo-30-Strecken im Hinblick auf die Fahrradschutzstreifen wünschenswert.

### **3 Installation von Elektroladesäulen durch die WBM auf öffentlichen Parkplätzen als Pilotprojekt** **Vorlage: FB5/0603/2017**

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG kostenfrei öffentliche Parkplatzflächen zur Errichtung von öffentlichen E-Ladestationen (zunächst für die Dauer von sechs Jahren) für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die wbm aufzufordern und prüfen zu lassen, ob die Ladestationen mit verschiedenen Typen von Ladesteckern errichtet werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsfrau Niegeloh stellt die Frage, warum keine Schnellladesäulen und keine Fahrradladestationen vorgesehen seien.

Sachkundiger Bürger Weigand erklärt, dass Schnellladestationen üblicherweise an Autobahnabfahrten installiert würden. Sie seien sehr viel teurer. Fahrradladestationen würden erfahrungsgemäß kaum genutzt, da die Verweildauer meistens zu kurz sei und eine Ladung nicht nötig sei, da überwiegend kurze Strecken zurückgelegt würden. Eine Kombination mache demnach an den vorgesehenen Standorten kaum Sinn.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der Rhein-Kreis Neuss bereits über eine große Flotte elektrobetriebener Fahrzeuge verfüge. Da regelmäßig Mitarbeiter des Rhein-Kreises im technischen Rathaus zu Besprechungen und Terminen seien, könne die Ladesäule während dessen genutzt werden. Auch Mitarbeiter der Verwaltung oder Bürger, die im Technischen Rathaus zu tun haben, hätten die Möglichkeit, ihre Fahrzeuge zu laden.

Ratsherr Becker merkt an, dass die Ladestationen oft nur mit einem Typ Ladesteckern versehen seien, es jedoch unterschiedliche gebe. In Düsseldorf sei das beispielsweise der Fall. Er fordert die Verwaltung auf, bei den Stadtwerken Service Meerbusch Willich darauf hinzuwirken, Ladestationen mit mindestens 2 Ladestecker-Typen zu installieren. Darüber hinaus gebe es auch andere Alternativen. In Leipzig gebe es Strom für Laternenparker. Dazu müssten Laternen zu Ladestationen umgerüstet werden, wodurch ein flächendeckendes Netz von Ladestationen im Stadtgebiet entstehen könne. Generell sollten auch Alternativen zu Ladesäulen in Betracht gezogen werden. Ferner gehe er davon aus, dass das Konzept der Stadtwerke Service Meerbusch Willich zur Installation von Elektroladesäulen nicht das von der Verwaltung geforderte Elektromobilitätskonzept ersetze.

Sachkundiger Bürger Schmoll begrüßt den Vorstoß der Stadtwerke Service Meerbusch Willich und hält eine größere Anzahl von Elektroladesäulen für wünschenswert. Er regt an, durch eine entsprechend zu ändernde Stellplatzsatzung, Privatleute mehr in die Verantwortung zu ziehen. So könne beispielsweise festgelegt werden, dass 10% neu einzurichtender Stellplätze mit einer Möglichkeit Elektrofahrzeuge zu laden, ausgestattet sein müssen. Daraus entstehende Ablösebeträge könnten zweckgebunden für den Ausbau des Netzes von Ladestationen verwendet werden.

Ratsfrau Neukirchen befürwortet ebenfalls das Vorhaben der Stadtwerke Service Meerbusch Willich. Sie ist der Meinung, dass sich die zuerst geplanten und auch die für später vorgesehenen Stationen



nicht in zentralen, sondern eher in Randlagen befänden. Außerdem ist sie der Meinung, dass durch das 6-jährige alleinige Sondernutzungsrecht der Stadtwerke Service Meerbusch Willich, keine Möglichkeit bestehe, anderen Anbietern die Möglichkeit zu geben, Elektroladestationen zu installieren. Auch Ratsherr Gabernig fordert eine Prüfung, ob das alleinige Nutzungsrecht und damit der Ausschluss anderer Bieter rechtlich zulässig sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher gibt zu Bedenken, dass die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Konzessionsinhaber für das Stromnetz seien. Üblicherweise seien es die Konzessionsinhaber, die Elektroladesäulen installieren, da andere Betreiber Konzessionsabgabe zahlen müssten. Aufgrund dessen sei dieses Wirtschaftsfeld für andere Betreiber weitgehend uninteressant. Weiterhin sei die Frequentierung von Ladesäulen derzeit noch gering, da in Meerbusch noch nicht viele Elektrofahrzeuge (ca. 30 – 35) genutzt würden. Demzufolge sei eine Ausschreibung voraussichtlich nicht erfolgreich.

Ratsherr Banse erinnert daran, dass der Bau- und Umweltausschuss in der Vergangenheit den Antrag eines Bürgers, im öffentlichen Raum eine Ladestation zu errichten, abgelehnt habe. Auch Ratsherr Becker ist der Meinung, dass nicht nur die Stadtwerke Service Meerbusch Willich die Erlaubnis bekommen sollten, Ladestationen zu errichten, sondern auch Bürger diese Möglichkeit haben sollten.

Ratsherr Berthold sieht in den Stadtwerken Service Meerbusch Willich einen kompetenten Partner und vertritt die Meinung, dass diesem Thema Anschub geleistet werden solle und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt werden solle.

#### **4 Errichtung eines Fahrradschutzstreifens auf der Gonellastraße zwischen Mathias-von-Hallberg-Straße und Josef-Tovornik-Straße in Meerbusch-Lank** **Vorlage: FB5/0615/2017**

##### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 zu vertagen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>9</b>	<b>8</b>	<b>0</b>

Ratsherr Meffert schlägt vor, die Beschlüsse zur Errichtung von Fahrradschutzstreifen auf der Gonellastraße und auf der Römerstraße zu vertagen und den Verkehrsentwicklungsplan abzuwarten. Aus gleichem Grund habe der Ausschuss den Bürgerantrag des BUND vertagt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der Arbeitskreis Radverkehr mehrmals getagt habe. Die in den Beratungsvorlagen vorgeschlagenen Maßnahmen seien dort erarbeitet worden und

mit geringem Aufwand umsetzbar. Für den Fahrradweg Landsknecht-Böhler habe die Verwaltung bereits einen Förderantrag gestellt.

Sachkundiger Bürger Behlen schlägt vor, den Fahrradschutzstreifen auf der Gonellastraße zum Schutz der Fahrradfahrer so weit wie möglich zu verlängern.

Ratsfrau Niegeloh spricht sich dafür aus, dass der Schutzstreifen auf der Gonellastraße möglichst breit sein soll und geht davon aus, dass der Schutzstreifen bleiben kann, auch wenn später eine Tempo-30 Zone eingerichtet würde.

Ratsfrau Neukirchen ist der Meinung, dass der derzeitige Radweg auf der Gonellastraße viel zu schmal sei. Dadurch, dass es sich um einen Zweirichtungsradweg handle, komme es zu gefährlichen Situationen. Die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens sei nicht teuer und auf die Parkplätze, die dafür entfallen müssen, könne verzichtet werden, da genügend Parkplätze in der Nähe vorhanden seien.

Ratsherr Bertold äußert sein Unverständnis über den Vertagungsantrag. Es gehe darum, die Sicherheit der Radfahrer zu erhöhen. Er hält eine sofortige Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen für unumgänglich. Der Arbeitskreis Radverkehr habe diese zusammen mit der Verwaltung mit großem Aufwand erarbeitet.

Ratsfrau Pricken spricht sich gegen den Wegfall der Parkplätze auf der Gonellastraße aus. Vielen älteren Menschen, die das Pfarrzentrum besuchen, sei ein längerer Fußweg nicht zumutbar. Sie sehe an anderen Stellen im Stadtgebiet größeren Handlungsbedarf. Eine Vertagung sei sinnvoll, um nach Vorlage des Verkehrsentwicklungskonzeptes über Maßnahmen zu dessen Umsetzung zu entscheiden.

**5 Errichtung eines Fahrradschutzstreifens auf der Römerstraße zwischen Laacher Weg und Düsseldorfstraße**  
**Vorlage: FB5/0616/2017**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemäß des Beschlusses unter Tagesordnungspunkt 4 vertagt.

**6 Errichtung von beidseitigen Einrichtungsradwegen mit Schutzstreifen auf der Friedenstraße zwischen Moerser Straße und Brühler Weg in Meerbusch-Büderich**  
**Vorlage: FB5/0618/2017**

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt im Rahmen des Radwegekonzeptes Meerbusch auf der Friedenstraße in Meerbusch-Büderich zwischen Moerser Straße und dem Brühler Weg beidseitige Einrichtungsradwege nördlich als Schutzstreifen auf der Fahrbahn markiert und südlich als kombinierter Geh- und Radweg zu errichten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Diskussionsverlauf s. TOP 4

**7 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2016**  
**Vorlage: DezIII/0178/2017**

Ratsherr Meffert führt aus, dass sich die wachsenden Müllberge vor dem Hintergrund des zunehmenden Recyclings relativieren lassen.

Sachkundiger Behlen weist darauf hin, dass das Restabfall- und Altglasaufkommen zwar gesunken seien, eine starke Reduzierung jedoch wünschenswert sei.

Ratsfrau Niegeloh erläutert, dass die Mülltrennung offensichtlich gut funktioniere. Insbesondere bei den Leichtverpackungen sei ein Anstieg zu erkennen. Deshalb schlägt sie vor, mit den ortansässigen Geschäften Gespräche zu führen mit dem Ziel, mehr Produkte mit Umverpackungen mit Pfand anzubieten.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass es sich bei „Leichtverpackungen“ nicht nur um PET Flaschen, sondern auch um die Verpackungen anderer Lebensmittel handle.

**8 Feuerwehrhaus Lank und Fortschritt Feuerwehrhaus Büberich**

Herr Klein berichtet, dass der Baubeginn des Feuerwehrhauses Büberich am 06.06.2017 gewesen sei.

Anhand der Pläne erläutert er den geplanten Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Lank. Das angrenzende bisher privat vermietete Wohnhaus werde umgebaut und einbezogen. In dessen Untergeschoss sollen Duschen installiert werden, im Erdgeschoss ein Schulungsraum und die Umkleidekabinen für Damen und Herren. Die Fahrzeughalle bekäme eine neue Schleuse. Im Obergeschoss entstehe ein Schulungsraum, eine Küche und das Büro für den Löschzugführer. Das Dachgeschoss sei für die Jugendfeuerwehr vorgesehen und werde mit einem Versammlungsraum und zwei Umkleideräumen versehen. Derzeit würden die Kosten für die Baumaßnahme ermittelt und dem Bau- und Umweltausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt. Der Bauantrag könne im Herbst gestellt werden.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Pläne sind als Anlage beigefügt*

**9 Baumbilanz 2016/2017**  
**Vorlage: SB11/0180/2017**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

## 10 Anträge

### 10.1 **Antrag der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.4.2017 zur bestimmungsgerechten Nutzung von Parkplätzen in Bover, zur weiteren Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet und zur Freihaltung des Fußgängerbereiches Am Ismerhof in Lank** Vorlage: FB5/0617/2017

#### Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei den Längsparkern auf der Meerbuscher Straße in Höhe der Recyclingcontainer in Bover ein eingeschränktes Halteverbot einzurichten.

#### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Neukirchen trägt den Inhalt des Antrages vor.

Ratsfrau Niegeloh beantragt den Beschluss der Alternative in der Beratungsvorlage der Verwaltung, in der ein eingeschränktes Halteverbot an der fraglichen Stelle vorgeschlagen wird.

Ratsherr Berthold trägt vor, dass der Container-Stellplatz seiner Meinung nach ungünstig sei, da dadurch häufig Scherben auf dem Radweg lägen. Eine Verlegung der Container auf den Parkplatz Bovert könne sinnvoll sein.

Ratsherr Fischer schlägt eine Verlegung in das Ostara Gebiet vor. Sachkundiger Bürger Behlen ist der Meinung, dass dieser Standort zu weit weg liege. Eine Verlegung in ein Wohngebiet sei auch problematisch.

Technischer Beigeordneter Assenmacher schlägt vor, dass nach einem anderen Standort gesucht werde. Einfach stelle sich das jedoch nicht dar, da ein Containerstandort 500m von der Wohnbebauung entfernt liegen solle. Der Parkplatz Bover sei im Besitz der Rheinbahn.

### 10.2 **Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2017 zur Brücke am Latumer See** Vorlage: DezIII/0172/2017

#### Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Beschluss über den Neubau der Brücke am Latumer See vom 05.04.2017 aufzuheben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung der Brücke prüfen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ratsfrau Pricken führt aus, dass entgegen früherer Annahmen eine Sanierung der Brücke nun doch in Betracht komme. Man habe in den Rundweg investiert und die Brücke sei ein Teil dessen. Das darunterliegende Biotop könne wiederbelebt und gepflegt werden. Es handle sich beim Latumer See um ein Naherholungsgebiet, das über die Stadtgrenzen hinaus bekannt sei und vom Rhein-Kreis Neuss als Ausflugsziel und Kulturlandschaft empfohlen werde.

Ratsfrau Neukirchen regt an, die Möglichkeiten der Sanierung und deren Kosten erneut zu prüfen. Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass ein Gutachter damit beauftragt sei. Die Ergebnisse der Prüfung werden in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorgestellt.

Ratsherr Gabernig, sachkundiger Bürger Schmoll und Ratsherr Becker plädieren für den Abriss der Brücke, um Haushaltsmittel einzusparen.

Sachkundiger Bürger Behlen hält die Sanierung der Brücke für einen guten Kompromiss.

**11 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

**12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Bezogen auf den Punkt „Verkehrssituation Uerdinger Straße“ der Beschlusskontrolle berichtet Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass der Rhein-Kreis Neuss eine mobile Verkehrsüberwachungsanlage anschaffen und auf der Uerdinger Straße zwischen dem Abzweig in das Gewerbegebiet In der Loh und der Robert-Bosch-Straße aufstellen werde. Diese Anlage werde LKWs über 7,5t, die verbotswidrig Lank-Latum durchfahren, identifizieren. Dadurch werde eine Belegung mit einem Bußgeld in Höhe von 75,- € durchsetzbar. Die Ausschreibung der Anlage erfolge nach den Sommerferien.

Die vorhandenen Beschilderungen, die auf das LKW-Durchfahrtsverbot hinweisen, seien überprüft worden und es sei festgestellt worden, dass diese rechtmäßig seien. In den Rheingemeinden solle ebenfalls eine entsprechende Beschilderung vorgenommen werden.

Ratsherr Hoppe erkundigt sich nach den Ergebnissen der Verkehrszählung am Meyersweg. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, dass diese der Niederschrift beigefügt werden.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Ergebnisse der Verkehrszählung sind als Anlage beigefügt.*

Bezogen auf Punkt „Zu- und Abfahrt Winklerweg/Wienenweg“ bemängeln die Ratsherren Fischer und Hoppe, dass die Umsetzung der Maßnahmen bereits begonnen habe, ohne dass der Ausschuss

vorher darüber informiert worden sei. Außerdem sei die derzeitige Situation gefährlich für alle Verkehrsteilnehmer.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet über verschiedene Ortstermine mit Polizei, Schul- und Kindergartenleitung, Vorstand des Heimat- und Schützenbundes und Verwaltungsmitarbeitern, deren Ergebnis es gewesen sei, die Zufahrt zum Parkplatz über den Winklerweg zu ermöglichen. Durch die Höhenbeschränkung werde eine Befahrung des Dr.-Franz-Lampenscherf Platzes durch LKW unterbunden. Bei der Umsetzung der mit allen Interessensgruppen abgestimmten Maßnahmen, habe die Verkehrssicherheit der Kinder im Vordergrund gestanden. Auch aus Sicht der Polizei sei diese Lösung die sinnvollste. Seit Beginn der Umsetzung habe es keine Beschwerden von Seiten der Eltern, Schützen und Schul- und Kindergartenleitung mehr gegeben. Technischer Beigeordneter Assenmacher entschuldigt sich ausdrücklich dafür, dass über das Ergebnis der Beratungen zur baulichen Umsetzung nicht alle bislang Beteiligten informiert worden seien.

Ratsherr Hoppe weist nochmals auf die gefährliche Verkehrssituation hin und erklärt, mit der jetzigen Lösung nicht einverstanden zu sein und die Verantwortung im Falle eines Unfalls nicht zu übernehmen.

### **13 Termin der nächsten Sitzung am 26.September 2017**

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens korrigiert den in der Einladung angegebenen Termin für die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Der nächste Termin ist der **26. September 2017**.

### **14 Verschiedenes**

#### **14.1 Friedhofskapelle Büderich**

Beratendes Mitglied Heppner weist darauf hin, dass die Eingangstür der Friedhofskapelle auf dem alten Friedhof in Büderich laute Geräusche verursache, die bei Trauerfeiern sehr störend seien.

#### **14.2 Behindertengerechter Fußweg bei Bebauung Moerser Straße**

Ratsfrau Niegeloh bittet die Verwaltung in der nächsten Sitzung vorzustellen, wie Verkehrsflächen und behindertengerechte Fußwege bei der Bebauung der Moerser Straße am ehemaligen Bauhofgelände geplant sind.

### **14.3 Solaranlagen für Elektroladestationen**

Ratsfrau Niegeloh bittet die Verwaltung, Möglichkeiten zur Installation von Solaranlagen für die Stromversorgung von Elektroladestationen zu prüfen.

### **14.4 Behindertenparkplätze**

Ratsfrau Niegeloh berichtet über die Anfrage eines Bürgers, der wissen möchte, ob es möglich sei, Behindertenparkplätze, die mit „aG“ gekennzeichnet sind zusätzlich auch mit „G“ auszuzeichnen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine Beantwortung der Frage als Anlage zur Niederschrift zu.

*Anmerkung der Schriftführerin: Das Zusatzzeichen 1044.10 berechtigt ausschließlich Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und Sehbehinderte zum Parken. Eine Ausdehnung auch auf Gehbehinderte ohne außergewöhnliche Gehbehinderung ist nicht möglich.*

### **14.5 Abgrenzung Gladiolenweg**

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich danach, ob es geplant sei, den Gladiolenweg durch Bischofsmützen abzugrenzen.

Herr Unzeitig berichtet, dass nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW auf der Meerbuscher Straße Bischofsmützen aufgestellt werden sollen, die ein Linksabbiegen, von der Meerbuscher Straße aus Richtung Buderich kommend, in den Gladiolenweg verhindern sollen. Dadurch soll vermieden werden, dass durch einen Rückstau Fahrzeuge auf den Schienen stehen.

### **14.6 Grünflächen an städtischen Gebäuden**

Ratsherr Hoppe weist darauf hin, dass verschiedene städtische Gebäude zuwachsen, so z.B. das Rathaus in Osterath oder die VHS.

### **14.7 Bewuchs an Wirtschaftswegen**

Ratsherr Hoppe weist darauf hin, dass der Bewuchs an Wirtschaftswegen, beispielsweise am Grünen Weg an der Rehaklinik oder am Kalverdonksweg so stark ist, dass die Führer landwirtschaftlicher Fahrzeuge ausweichen müssen und dadurch die Ränder der Wirtschaftswege so stark beansprucht werden, dass diese kaputt gehen. Eine Reparatur sei aufwendiger als das Grün zu schneiden.

Ratsherr Hoppe erläutert, dass die Landwirte beispielsweise Am Grünen Weg Schwierigkeiten haben, über den Entwässerungsgraben ihre Flächen zu erreichen. Herr Unzeitig berichtet, dass bereits einige Durchlässe erneuert wurden. Wenn konkrete Durchlässe mit Mängeln benannt werden, werde die Verwaltung prüfen und notwendige Maßnahmen ergreifen.

Meerbusch, den 10. Juli 2017

---

Leo Jürgens  
Ausschussvorsitzender

---

Anke Hartl  
Schriftführer/in